



Nr. 472. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfziger Jahrgang. — Verlag von Eduard Trenkendorf.

Montag, den 9. October 1876.

## Deutschland.

Berlin, 8. Oct. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem General-Adjutanten, General-Lieutenant Grafen v. Brandenburg I., Commandeur der 11. Division, das Kreuz und den Stern der Comthur des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Oberst-Lieutenant v. Gilza, à la suite des 1. Badischen Feld-Artillerie-Regiment Nr. 14 und Director der Artillerie-Schießschule, den Königl. Kronen-Orden dritter Klasse; dem Major Freiherrn v. Ese best. persönlichen Adjutanten Sr. Hoheit des Herzogs von Sachsen-Altenburg; den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; sowie dem Zeug-Hauptmann Hoppe, Rechnungs-Adjutor bei der technischen Abteilung für Artillerie-Angelegenheiten im Kriegsministerium, den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Ober-Amtsrichter Justiz-Rath Bos zu Wilster im Kreise Steinburg, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kataster-Controleur a. D. und Steuer-Inspector von Klenze zu Gerdauen den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem regimentsfähigen katholischen Curat Dr. Dzierzon zu Carlsmarkt im Kreise Bries, dem ordentlichen Lehrer Gläsel am Gymnasium zu Alziam, dem gerichtlichen Bücher-Adjutor Kaufmann August Bierstedt zu Berlin, dem Torgrubenbevölker Carl Dreher ebendaselbst und dem Kaufmann Friedrich Neumann zu Wolgast den Königl. Kronen-Orden vierter Klasse; dem pensionierten Steueraufseher Schwarzer zu Goldberg im Kreise Goldberg-Hainan das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Werkmeister Johannes Wiegeler zu Einbeck die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat den Hauptmann und Compagnie-Chef im 4. Brandenburgischen Infanterie-Regiment Nr. 24 (Großherzog von Mecklenburg-Schwerin) Victor Lorenz Meyer unter dem Namen: "Meyer, genannt von Sallawa und Radan", geabt; den Regierungs-Adjutor Ulrich von Herken zum Landrat des Kreises Jüterbog-Lützenwalde; sowie den Kreis-Adjutor a. D. Frowein zu Cleve zum Landrat des Kreises Nees; und den bisherigen außerordentlichen Professor Dr. Justus Bernhard Westerkamp in Marburg zum ordentlichen Professor in der juristischen Facultät der dortigen Universität ernannt.

Dem Kaiserlichen Consul Boldmar in Antofagasta (Boliviens) ist auf sein Ansuchen die Entlastung aus dem Consulatsdienste ertheilt worden.

Der Notar Constant Schmitz in Thann ist in den Landgerichtsbezirk Straßburg versetzt, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Straßburg. — Der bei der Ostbahn angestellte Maschinistenmeister Klöckner in Bromberg ist zum Königlichen Eisenbahn-Maschinistenmeister ernannt worden. — Der Rechtsanwalt und Notar Werner zu Lüden ist in gleicher Eigenschaft an das Kreisgericht zu Naumburg a. S. mit Anweisung seines Wohnsitzes da-selbst versetzt worden. Der Gerichts-Adjutor Jansen aus Köln, z. B. hier-selbst, ist zum Advocaten im Bezirk des Königlichen Appellationsgerichts-hofes zu Köln ernannt worden.

= Berlin, 8. Oct. [Markenschutz-Vertrag mit Brasilien. — Vom Bundesrat. — Die Ausgrabungen in Olympia.] Nachdem in Brasilien durch Kaiserliches Decret vom 23. October v. J. den gewerblichen Marken ein Rechtsschutz gewährt und dieser Schutz unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit auch auf die Marken ausländischer Firmen erstreckt worden, ist es in Anregung gekommen, zwischen Deutschland und Brasilien den gegenseitigen Markenschutz vertragsmäßig zu regeln. Die Regierung Brasiliens ist geneigt, auf ein entsprechendes Abkommen einzugehen; dasselbe dürfte in der Form der zwischen Deutschland und anderen Mächten bereits abgeschlossenen Vereinbarungen gleicher Art zu treffen sein. So viel bekannt, bestehen zwischen einzelnen Bundesstaaten und Brasilien Vereinbarungen wegen gegen seitigen Markenschutzes nicht. — Bekanntlich hat der Bundesrat beschlossen, dem Reichskanzleramt anheimzustellen, einen Gesetzentwurf über die Kosten des Civilprozesses, sowie des mit der Concursordnung verbundenen Kostenwesens aufzustellen. Der kgl. bayerische Bevollmächtigte hat Namens seiner Regierung die Zustimmung zu dem Antrage unter der Voraussetzung erklärkt, daß der fragliche Gesetz-Entwurf sich auf die Aufstellung eines einheitlichen Systems und allgemeiner Grundsätze zu bechränken und in der Ausführung den Landes-regierungen Behufls entsprechender Berücksichtigung der finanziellen und sonstigen besonderen Verhältnisse der einzelnen Bundesstaaten möglichst freie Bewegung zu lassen habe. — Dem Bericht, welchen das Reichskanzler-Amt dem Bundesrathe über den bisherigen Verlauf und Erfolg der Ausgrabungen zu Olympia hat zugehen lassen, entnehmen wir folgende noch nicht bekannte Mittheilungen: Während der nothwendigen Sommerpause sind folgende Arbeiten zuerst in Athen, dann in Berlin begonnen und vollendet worden: 1) die vollständige Rechnungslegung; 2) die Herstellung der Gypsabgüsse (von den wichtigsten sind gleich 6 Exemplare angefertigt worden, um an Kunstinstitute nach Bedarf abgeben zu können); 3) die Drucklegung eines fortlaufend geplanten Werkes, betitelt: Die Ausgrabungen von Olympia. I. Uebersicht der Arbeiten und Funde vom Winter und Frühjahr 1875/76. 4 Bogen Text mit 31 Photographien, 2 Lichtdrucktafeln und 1 Holzschnitt. 4) Die öffentliche Ausstellung der Gypsabgüsse im Kuppelsaal des Museums. 5) Die Kopirung der wichtigsten Zeichnungen sowie des Tagebuchs und des Inventars. Aus dem Inventar ergiebt sich, daß die gehobten Erwartungen im vollen Maße erreicht worden sind; denn dasselbe verzeichnet: 1) an Marmoren 178 Stück (darunter 14 größere Torsen, die Nike, eine Metope, 8 Löwenkopf u. s. w.); 2) an Bronzen 685 Stück; 3) an Terrakotten 242 Stück; 4) an Münzen 174 Stück (außer einem Schatz von über 800 Stück byzantinischen Kupfermünzen); 5) an Inschriften 79 Stück u. a. m., so daß sich schon jetzt nach etwa 5 monatlicher Arbeit ein bedeutendes Localmuseum in Olympia befindet. Für die Überwachung, sowie Sicherung des ganzen Grabungsgeländes während der Arbeitspause ist Seitens der griechischen Regierung vollständig Sorge getragen worden. Die Gesammtsumme aller bisherigen Kosten beträgt rot. 120,000 M. Dieselbe vertheilt sich auf folgende Titel: A. Arbeitslöhne 49,000 M. B. Gehälter und Reise-Gutschädigung der Beamten, Löhne und Unterhalt der Diener 19,800 M. C. Wohnhäuser, Werkstatt und Barackenbauten 20,000 M. D. Arbeitsgeräth und Materialbeschaffung einschließlich Transporte 11,250 M. E. Aerztliche Behandlung der Arbeiter und Krankenpflege 1360 M. F. Kosten für die Gypsformen einschließlich Emballage und Transport bis Berlin 11,840 M. G. Inventar für Haus- und Wirtschaftsgeräthe, Bücher, Waffen &c. 2490 M. H. Verschiedene Ausgaben 2895 M. I. Kosten des Photographirens 1365 M. Da von Seiten der Reichsbahnen bisher 21,000 M. (Vorarbeiten) u. 150,000 Mark (Grabungsarbeiten), in Summa 171,000 Mark bewilligt worden sind, verbleibt ein Rest von rot. 51,000 Mark, mit welcher Summe das zunächst ins Auge gefaßte erste Ziel: die Ausgrabung des Zeus-Tempels mit seiner nächsten Umgebung zu bewirken sein wird.

— Es sind schon vor dem Abschluße der ersten Campagne alle vorbereitenden Schritte geschehen, indem ein zweites unfertiges Haus in

Druva auf längere Zeit gemietet worden ist, um während des Sommers ausgebaut zu werden zur Wohnung für zwei Obersaftseher. In ähnlicher Weise hat das bisherige deutsche Haus einen entsprechenden verbesserten Um- und Erweiterungsbau erfahren. Ferner sind alle nothwendigen Schritte auf diplomatischem Wege geschehen, um den von der griechischen Regierung übernommenen Bau der Straße von Pyrgos nach Olympia zu beschleunigen. Endlich hat der dirigirende Techniker Auftrag erhalten, an zwei Haupt-Ausgrabungsorten, Athen und Pompeji, Studien zu machen für verschiedene Arbeitsmethoden, speciell für die mit Pferden und Kippkarren. Er ist demselben nach vorliegenden Berichten aus Athen bereits theilweise nachgekommen. Nach den jetzt vorliegenden Erfahrungen läßt sich annehmen, daß zur kräftigen und erfolgreichen Fortführung der Arbeiten im obengenannten Sinne die Summe von 340,000 M. erforderlich ist, wovon in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1877 40,000 M., vom 1. April 1877/78 = 150,000 M., vom 1. April 1878/79 = 150,000 M. zur Verwendung kommen würden.

[In Varzin] herrscht „geschäftliche Bewegung“. Fürst Hohenlohe, der Botschafter in Paris, und Graf Stollberg-Wernigerode, der Botschafter in Wien, waren in den letzten Tagen bei dem Fürsten Bismarck, der mit diesen Diplomaten wie mit verschiedenen Beamten des Auswärtigen Amtes längere Zeit konferirt. Jetzt ist der Minister des Innern, Graf Eulenburg, in Varzin, um über die parlamentarischen Arbeiten eine Vereinbarung zu treffen. Es wird dabei u. a. wie wir hören, die Frage zum Austrag kommen, ob und in wieviel die in den ersten Tagen des neuen Jahres zu berufende Landtagssession lediglich mit dem Staatshaushaltsgesetz oder auch mit weiteren Arbeiten befaßt werden soll.

[Ausprägungen.] In den deutschen Münzstätten sind bis zum 30. Septbr. 1876 geprägt: an Goldmünzen: 1,089,684,440 M. Doppelpfennige; 332,425,380 M. Kronen; hiervon auf Privatrechnung: 171,345,160 M.; an Silbermünzen: 66,970,450 M. 5-Markstücke, 35,537,954 M. 2-Markstücke, 143,512,165 M. 1-Markstücke, 38,584,350 M. — Pf. 50-Pfennigstücke, 32,875,083 M. 80 Pf. 20-Pfennigstücke; an Nidelmünzen: 21,994,530 M. 70 Pf. 10-Pfennigstücke, 11,187,378 M. 60 Pf. 5-Pfennigstücke; an Kupfermünzen: 5,824,204 M. 16 Pf. 2-Pfennigstücke; 3,324,498 M. 97 Pf. 1-Pfennigstücke. Gesamtausprägung: an Goldmünzen: 1,422,109,820 M.; an Silbermünzen: 317,480,002 M. 80 Pf.; an Nidelmünzen: 33,181,909 M. 30 Pf.; an Kupfermünzen: 9,156,703 M. 13 Pf.

[Sr. Majestät Schiff „Friedrich Karl“] ist, telegraphischer Nachricht zufolge, am 6. d. auf der Rhône von Salonič eingetroffen.

Hannover, 6. Oct. [Zu den „Entthüllungen“ des Herrn von Dies-Daber.] Von Herrn Landesdirector v. Bennigsen geht dem „Hann. Cour.“ folgendes Schreiben zu:

In einer unlängst erschienenen Broschüre des Herrn v. Dies-Daber, „Der sittliche Boden im Staatsleben“ findet sich auf S. 33 wörtlich Folgendes:

Sollte es Herrn Lasker unbekannt geblieben sein, daß die Hannover-Altenbekener Bahn nach uns gewordenen zuberlässigen Mittheilungen einen nicht unbedeutenden Unweg machen müsse, damit auf dem Gute Bennigsen, dem Herrn Abgeordneten gleichen Namens gehörig, ein Bahnhof etabliert werden könnte; sollte es ihm ferner unbekannt sein, daß dieser Bahnhof erforderlich war, um in Bennigsen eine Zunderfabrik mit Vorhalle einzurichten zu können, wie solche jodann in Wirklichkeit auch errichtet worden ist, und liegt nicht in der Errichtung einer Bahnhofstation auf einem Landgute für den Besitzer bereits ein bedeutender Vortheil? Wir lesen in der kleinen Schrift: „Gründeschiichten, Entthüllungen aus den Acten der Special-Commission über das Eisenbahnen“, Berlin, Verlag von Theodor Thiele, Gr. Frankfurterstraße. Nr. 78, zweite Auslage, Seite 11, Folgendes:

„Angenommen nun auch wahrlich, daß Hr. v. Bennigsen von dem ganzen „Gründerlohn“ keinen Silbergroschen bekommen hat — und es ist ja wohl möglich — belehrt uns doch ein Blick auf die Karte, daß er der Gesellschaft (Hannover-Altenbekener) jedenfalls der thuerste Gründer geworden ist, denn eine durch nichts motivirte große Curve zieht heute sein eigenes Gut in das Eisenbahnnetz hinein, und rechnen wir die Kosten dieser Curve nur auf 1 Million, so kostet, hochgerechnet, die kümmerliche Einnahme von den Dörfern Elsdagen und Bennigsen, Herr Landesdirector von Bennigsen der Gesellschaft mindestens 500,000 Thlr.“

Diese Behauptungen sind grundlos.

Nicht die Verwaltung der Hannover-Altenbekener Eisenbahnsgesellschaft, sondern die preußische und ebenso die frühere hannoversche Staatsverwaltung haben die Nothwendigkeit des Umweges über Bennigsen hart am Osthange des Deistergebirges statt des näheren directen Weges durch den Deister festgestellt zu einer Zeit, wo diese Verwaltungen die Abhtigkeit hegten, die Strecke als Staatsbahn auszubauen. Trotz des Ummuges ist diese Strecke nicht thuerer, sondern weil auf diesem Wege allein ein Tunnel durch den Deister von fast einer halben Meile Länge vermieden werden konnte, sehr bedeutend billiger gewesen. Das Nähere hierüber ergiebt die nachstehende amtliche Mittheilung:

„Hannover, den 4. October 1876.

Die Königliche Eisenbahndirection zu Hannover an den Landesdirector Herrn

R. v. Bennigsen Hochwohlgeboren hier.

Auf das gefällige Schreiben vom 4. d. Mis., betreffend das Project der Hannover-Altenbekener Eisenbahn, beebrnen wir uns Folgendes ergeben zu erwidern:

1) Die Linie der Hannover-Altenbekener Eisenbahn, wie sie später zur Ausführung gekommen, ist von dem Herrn Minister für Handel &c. auf Grund der von der hiesigen Königlichen Eisenbahn-Verwaltung in den Jahren 1867—68 angefertigten Vorarbeiten festgestellt.

2) In der Strecke zwischen Weezen und Springe ist, in Uebereinstimmung mit den Voruntersuchungen, welche die frühere hannoverische Regierung in den Jahren 1861—1863 hat anstellen lassen, die Linie um den östlichen Abhang des Deisters über Lüderien, Bennigsen und Bölfen geführt worden, weil die direkte Linie, welche allerdings etwa 1 Meile kürzer geworden wäre, die Anlage eines 685 Ruten hätt. (= 3201 Meter) langen Tunnels und 1,605,000 Thlr. Mehrosten erfordert haben würde.

3) Die Anlage eines Bahnhofs bei dem Dörfe Bennigsen ist mit Rücksicht auf die daselbst aus mehreren Richtungen zusammenstremenden Straßen, und weil er für die Abfuhr verschiedener Deister-Produkte günstig liegt, außerdem aber auch deshalb projectiert worden, weil er für die derzeit in Aussicht genommene Abweitung einer directen Linie von Hannover über Döhren und Hiddesdorf den vortheilhaftesten Anschluß vermittelte.

Schmierfeld.“

Hinzufügen will ich noch: Im Jahre 1868, zur Zeit der Constituirung der Hannover-Altenbekener Gesellschaft, habe ich an die Anlegung einer Zunderfabrik in Bennigsen so wenig gedacht, daß ich im Frühjahr 1869, als ich, zum Landesdirector gewählt, meinen Wohnsitz von Bennigsen nach Hannover verlegte, mein Gut in Bennigsen auf 18 Jahre an einen praktischen Deconomie verpachtet habe. Die erste Anregung zu der Anlage der Actien-Zunderfabrik in Bennigsen ist überhaupt erst vier Jahre später durch diesen meinen damaligen Nachbar erfolgt.

Herr von Dies-Daber wurde von der völligen Grundlosigkeit seiner An-

gaben durch einen flüchtigen Blick auf eine Karte der Provinz Hannover, welche eine Skizzierung des Verlaufs der Gebirge enthält, oder durch eine oberflächliche Erkundigung bei einem mit der hannoverschen Eisenbahnverwaltung vertrauten preußischen oder althannoverschen Beamten sich ohne Weiteres haben überzeugen können. Ich will gern annehmen, daß ihm die betreffenden Verhältnisse nicht näher bekannt gewesen sind. Aber die Frage darf ich mir wohl gestatten: Wohin sollen wir mit der eingerissenen persönlichen politischen Polemik in Deutschland noch kommen, wenn ein Conservator wie Herr von Dies es für zulässig hält, in einer Schrift mit dem Motto „Mit Gott und ritterlichen Waffen“ über einen liberalen Gegner schwere Vorwürfe enthaltende Behauptungen anderer Personen öffentlich nachzuholen, ohne die Verpflichtung zu fühlen, dieselben vorher selbst sorgfältig zu prüfen.

Hannover, den 5. October 1876.

R. v. Bennigsen, Landesdirector.

## Ö sterreich.

Wien, 7. Octbr. [Zur Waffenstillstandsfrage.] Wie die „Neue freie Presse“ erfährt, haben die türkischen Generale von der Pforte die Weisung erhalten, während der Dauer der Verhandlungen in Konstantinopel nicht anzugreifen, sondern sich nur abwehrend zu verhalten. — Dem „Tageblatt“, sowie der „Presse“ wird aus Belgrad gemeldet: Bei dem serbischen Kriegsministerium sei die Nachricht eingelaufen, daß die türkischen Truppen von Alexinaß sich auf das türkische Gebiet zurückzogen, um Winterquartiere zu beziehen. Die „Presse“ bezweifelt die Richtigkeit dieser Nachricht. Ferner seien die Vertreter der drei Kaiserreiche in Belgrad gestern beauftragt worden, bei der serbischen Regierung Schritte zu thun wegen Abschlusses eines Waffenstillstandes auf unbestimmte Zeit. Die Vertreter Englands, Frankreichs und Italiens unterstützen diese Schritte. — Der „Neue freie Presse“ wird aus Podgorizza vom gestrigen Tage gemeldet, daß Fürst Nikita die Bewohner der Grenzdistrikte von Montenegro bereits aufgefordert hätte, sich bereit zu halten, da längstens in 14 Tagen Ereignisse einzutreten würden.

Wien, 7. Octbr. [Die Ausgleichs-Conferenz.] Wie die „Politische Correspondenz“ meldet, haben sich heute auch die Minister Fürst von Auersperg und v. Lassar zu den Verhandlungen wegen der Formulierung der Ausgleichsgesetze nach Pest begeben.

Wien, 7. Oct. [Zur Situation.] Das „Wiener Fr. Bl.“ schreibt bezüglich der Lage: Gleichzeitig mit der Mission des Generals von Soumaroff erfolgte ein russischer Vorschlag nicht nur in Wien, sondern an alle großen Höfe Europas, dahin gehend, man möge sich nun für den Fall einer türkischen Ablehnung über die gegen die Pforte zu ergreifenden Coercitivmaßregeln einigen. Der Vorschlag, der sich dabei ausdrängte, einen Theil der nördlichen Türkei zu besetzen, Bosnien durch österreichische, Bulgarien durch russische Truppen occupiren zu lassen, mußte die lebhaftesten Bedenken erregen, den österreichisch-ungarischen Interessen konnte er nicht entsprechen. Dieser Gedanke hat auch hier keine Zustimmung gefunden. Es blieb die zweite Eventualität einer Flotten-Demonstration übrig. Die Einwendungen, die sich gegen den ersten Plan richteten, können gegen den zweiten nicht erhoben werden, er erscheint uns vom Standpunkt österreichischer Interessen unbedenklicher. Wir haben Grund, anzunehmen, daß er die Zustimmung der Gabine von Paris und London für jetzt nicht finden dürfte. An anderen Höfen hat man, wie wir vermuten, sich gegen denselben weniger prinzipiell ablehnend verhalten, ein Cabinet war für denselben, glauben wir, von vornherein gewonnen. Da aber eine derartige Flotten-Demonstration nur ein Werk des gesammt-europäischen Concerts sein kann, so ist für jetzt, falls nicht Lord Derby und der Duc Ducares ihre Anschauungen noch im letzten Moment ändern sollten, was nicht anzunehmen ist, eine solche Demonstration nicht durchführbar.

Wien, 7. Oct. [Verurtheilung Springmühl's.] In der heute stattgehabten Schwurgerichtsverhandlung gegen den wegen Beleidigung des Deutschen Kaisers und des Fürsten v. Bismarck angeklagten Dr. Ferdinand Springmühl ist derselbe von der Anklage wegen Beleidigung des Deutschen Kaisers freigesprochen, dagegen wegen Beleidigung des Fürsten v. Bismarck zu einer dreimonatlichen Kerkersstrafe verurtheilt worden.

Wien, 8. Octbr. [Zusammengehen mit Russland.] Die heutige „Sonntags- und Montagszeitung“ veröffentlicht einen längeren Artikel, welcher das Zusammengehen Österreichs und Russlands in der orientalischen Frage als positiv signalisiert.

Wien, 8. Oct. [Bezüglich der Conferenzidee] wird von den Morgenblättern noch hervorgehoben, daß dieselbe hier nur nach vorgängiger Vereinbarung des Conferenzprogrammes Aussicht auf Zustimmung habe. — Mehrfach wird darauf hingewiesen, daß die aus Anlaß der Rede Tisza's geführte chauvinistische Sprache der Peifer Blätter keineswegs der Ausdruck der Politik der Regierung sei. — Einer Mittheilung des „Fremdenblattes“ zufolge ist der Agent Wessely hier eingetroffen.

Wien, 8. October. [Die Conferenz.] Die Morgenblätter besprechen übereinstimmend die Schwierigkeiten, auf welche das Project einer europäischen Conferenz stößt. Dem „Fremdenblatt“ zufolge mache man dabei geltend, daß neben der Pforte auch Montenegro an der Conferenz Theil nehmen

das Andenken an ihn in den Herzen derer, die ihn kannten, aufzurichten. „Ziegler war uner, und so viel Ehren je auf uns aufzuwerden können, immer kann ein jeder in dem Ehrenkranze das Blatt hoch halten, daß Ziegler sein Abgeordneter war. Der Adel der Gegenwart, die Noblesse seines Charakters und seines Wesens, die Treue der Überzeugung, die ihn auszeichneten, werden ihm einen dauernden Platz in der Geschichte des Vaterlandes sichern.“ — Redner fordert sodann die Versammlung auf, sich zu seinem Andenken von den Plätzen zu erheben (dies geschieht einmuthig).

In die Tagesordnung nunmehr eintretend, weist der Vorsitzende darauf hin, daß nach dem Tode Zieglers von den Abgeordneten Breslau's für den Landtag die Herren Wachler, Jung und Kirchmann, für den Reichstag v. Kirchmann allein übrig blieben.

Nach langer vorbereitender Arbeit, die seit Monaten zurückdauerte und zu der sich der Vorstand des Wahlcomite's durch eine Reihe von Männern aus der Mitte der Partei verstärkte und nach langen Unterhandlungen mit der Fortschrittspartei parallel gehenden sogenannten Partei der Nationalliberalen sei man dahin gekommen, die Lösung „frisches Blut“ zum größten Theile zu verwirklichen, sei man zu der Überzeugung gelangt, daß es, gegenüber dem Mangel an Candidaten, der Stadt Breslau geziemt, zu sehen, ob sich nicht in ihren Mauern Männer finden, welche würdig wären, die zweite Stadt des Reiches im Land- und Reichstage zu vertreten.

„H. Wir waren geneigt von einem Vorschlage v. Kirchmanns Abstand zu nehmen. Sie alle wissen warum. Nur eine verschwindend kleine Minorität nicht genau Unterrichtete könnte auf seine Wahl zurück kommen. Glück der Wähler Breslau's ist es aber, ihm, dem unerschrockenen Kämpfer für Wahrheit und Recht gegenüber anzuerkennen, wiewohl Dank wir ihm schulden. Der beste Dank, dem wir ihm bringen, ist der, daß wir seine Wahl ruhen lassen und bedauern, ihn nicht wieder wählen zu können.“ (Bravo.)

Nach dem Beschlusse unserer Partei, sowie der uns nahe stehenden Partei haben wir Ihnen als Candidaten für den Landtag zu empfehlen die Herren Director Wachler, Rechtsanwalt Freund (Bravo!) und Redacteur A. Meyer.“ (Rufe: Bravo, Oho!)

Nachdem der Vorsitzende die Anwesenden noch ersucht hat, sich bei der bevorstehenden Discussion durchweg in den Grenzen parlamentarischer Ordnung zu halten, eröffnet er die Debatte über die gemachten Vorschläge.

Zunächst ergreift Rechtsanwalt Weiß das Wort. An das Gedächtniß Zieglers anknüpfend, dem er seit der Zeit vor 1848 persönlich nahe gestanden, bedauert der Redner, daß dem alten Freiheitskämpfer der Schmerz nicht erspart geblieben sei, zu sehen, daß die Fortschrittspartei Breslaus sich entschieden einen Compromiß zu schließen. Ziegler würde niemals einem Compromiß das Wort geredet haben. Redner glaubt, sein Verhältniß zu Ziegler hier berühren zu sollen, um darzulegen, daß er Fortschrittmann und als solcher berechtigt sei, hier zu sprechen, wenn er auch dem Wahlvereine nicht angehöre. Warum gehöre er demselben nicht an? Redner versichert, obgleich er schon 2 Jahre in Breslau sei, erst in den letzten Tagen etwas von diesem Verein gehört zu haben.

Das Comite sollte sich seit langer Zeit Mühe gegeben haben, Candidaten für den Landtag zu finden. Außerdem sei von diesen Versuchungen nichts bekannt geworden, die Sache habe sich vielmehr mit einer so systematischen Stille und Heimlichkeit vollzogen, daß heut der erste Tag sei, an welchem die Candidaten endlich zum Vorschein kommen. Dies Versfahren scheine ihm allem demokratischen Grundsäzen zu widersprechen. (Ruf: Sehr richtig!) Die Fortschrittspartei sei jedenfalls eine Partei, die über ihre Candidaten selbst beschließen könne und es war nicht nötig, die Candidatenliste kurz vor den Wahlen und fertig vorzulegen.

Aber noch ein zweiter demokratischer Grundsatz werde verletzt, wenn man heut schon über die Candidaten abstimmen wolle. Die Personenfrage sei Sach der Wahlmänner-Versammlung und die Urmäher haben dieser kein imperatives Mandat zu geben. Ihre Aufgabe sei es nur, dafür zu sorgen, daß in allen Wahlbezirken entschiedene Fortschrittmänner zu Wahlmännern gewählt werden; diese mögen dann für die Ausstellung geeigneter Candidaten Sorge tragen. Demgemäß schlägt Redner vor:

1) Die heutige Wähler-Versammlung der Fortschrittspartei beschließt, von der definitiven Aufführung von Landtags-Deputierten für den Stadtteil Breslau' auf jetzt Abstand zu nehmen, diese Aufführung vielmehr den demnächst zu wählenden Wahlmännern zu überlassen.

2) Die heutige Wähler-Versammlung der Fortschrittspartei beschließt, nur entschiedene Mitglieder ihrer Partei als Wahlmänner für die bevorstehenden Landtagswahlen zu wählen.

Die großen Städte seien, fährt Redner fort, vor Allem berufen, fortschrittliche, entschiedene Abgeordnete zu wählen. Es sei gefragt worden, die Fortschrittspartei habe in Breslau nicht mehr die Majorität. Aber die Bevölkerung habe sich in ihrer Gesinnung nicht geändert, wenn jenes wahr sei, so falle das der mangelhaften Organisation der Partei zu Last. (Sehr richtig!) Wäre die Wählerschaft mit den Deputirten in Contact geblieben, wäre sie öfter zusammengekommen worden, dann würde sie nicht auseinander gespalten sein. (Ruf: Sehr richtig!) Verschiedene Mitglieder seien allerdings fahnenflüchtig geworden und zu den Nationalliberalen übergegangen, und es sei ja heut sehr bequem, nationalliberal zu sein, aber es gäbe doch gewiß noch Elemente genug, welche, richtig zusammengesetzt, die Wahl von fortschrittlichen Candidaten sicher stellen.

Der am 23. September erlassene Aufruf solle den Compromiß zwischen der Fortschrittspartei und den Nationalliberalen documentiren; aber dieser Compromiß sei bereits mehrfach in der Provinz gebrochen worden. Redner glaubt, das Comite des Breslauer Wahlvereins der Fortschrittspartei sei zu vertrauensmäßig gewesen. Die Personenfrage könne für heut noch unverzögert bleiben (Beifall).

Der Vorsitzende weist der Behauptung des Vorredners, daß Ziegler nie für einen Compromiß sich erklärt haben würde, gegenüber auf einen Brief desselben hin, in welchem derselbe bekannt, er sei stolz darauf, ein Compromiß-Candidat der Breslauer liberalen Wählerschaft zu sein. Herr Rechtsanwalt Weiß sei erst kurze Zeit in Breslau und kenne die Verhältnisse nicht, sonst müßte er wissen, daß Ziegler bei den letzten Wahlen Compromiß-Candidat war. Habe Herr Weiß bisher von dem Wahlverein der Fortschrittspartei nichts gewußt, so sei dies zum Mindesten eigenthümlich, da der Wahlverein im März eine Versammlung unter dem April seine Generalversammlung abgehalten habe. Es werde diese Unbekanntschaft ein eigenthümliches Licht auf die Art und Weise, wie der Vorredner sich über öffentliche Angelegenheiten informiere. Die erste jener beiden Versammlungen sei von etwa 100, die zweite von — 19 Personen besucht gewesen, dieser geringe Besuch habe den Vorstand genügt, mit den Versammlungen sparsam zu sein. Die Herren, welche den Verein fortwährend zwingen, öffentlich seine schmuse Wäsche zu waschen, seien es, die die Fortschrittspartei heruntergebracht (Bravo!).

Von systematischer Heimlichkeit bei der Vorbereitung der Wahlen könne nicht die Rede sein. Wer da meine, dergleichen lasse sich in öffentlichen Versammlungen vorbereiten, unter dem Vororufen Einzelner, die sich Mühe geben, Haß und Zwieträcht zu säen, zeige wenig politisches Verständniß.

Der Vorredner habe es gesadelt, daß man die Wählerschaft so spät über die aufzustellenden Candidaten unterrichte und doch habe er selbst empfohlen, die Aufführung der Wahlmänner-Versammlung zu überlassen; da scheine der Vorstand heut ja noch zu früh zu kommen. Bisher habe man in Breslau stets in den Urwahl-Versammlungen die Candidaten nominirt (sehr richtig!), selbstverständlich mit der Maßgabe, daß es den Wahlmännern überlassen bleibe, auch andere Männer zu wählen. Aber stets seien die Wahlmänner in Rücksicht auf bestimmte Candidaten gewählt worden.

Der Wahlaufruf vom 23. September berührte die heutige Versammlung nicht. Die Unterzeichner haben denselben nicht als Vorstandsmitglieder des Wahlvereins, sondern in ihrem eigenen Namen unterschrieben, die größere Hälfte der Vorstandsmitglieder feble unter denselben, während eine ganze Anzahl Mitglieder der Fortschrittspartei, die nicht zum Vorstande gehören, unterschrieben sind. Der Wahlaufruf enthalte nichts, was nicht jeder Fortschrittmann dente, fordere und eritrete. (Lebhafte Bravo!)

Optimus Heidrich glaubt, es sei an der Zeit, daß die Fortschrittspartei wieder einmal mit allem Ernst an die Frage herantrete, ob sie im Stande sei, durchzukommen und die Wahlen der Stadt Breslau deren alten Traditionen entsprechend durchzuführen. — Die Folgen der fortwährenden Compromisse seien eine gewisse gegenwärtige Galanterie, eine Verzagtheit, mit der man an liberale Wahlen herantrete, obgleich man sehr wohl wisse, daß unsere wirtschaftlichen Verhältnisse solche gebieterisch fordern.

Rechtsanwalt Pauli würde es auch am liebsten sehen, wenn drei Fortschrittmänner gewählt würden; unter den gegenwärtigen Verhältnissen scheine dies aber unmöglich. Die nationalliberalen Partei habe sich durch die Warnungen der Regierungs-Organe von einem Zusammensehen mit der Fortschrittspartei nicht abschrecken lassen, obwohl sie ihrer Stärke entsprechend sehr wohl allein aufstreten könne. Warum solle gerade die Fortschrittspartei das bisher bestandene Verhältnis zerstören, warum solle sie nicht im Bunde mit der nationalliberalen Partei sich gegen die übrigen Feinde wenden, die in Breslau doch wahrhaftig auch zu finden seien. Die Kürze der Zeit, daß dann schon ein selbstständiges Vorgehen. Es sei zu fürchten, daß dann Seiten der nationalliberalen Partei Candidaten aufgestellt werden, die der

Fortschrittspartei noch weniger genehm sind. Redner empfiehlt der Versammlung, dem abgeschlossenen Compromiß zuzustimmen und die vorgeschlagenen Candidaten, die der Fortschrittspartei zum Theil sehr nahe stehen, zu acceptiren. (Bravo. Bischof.)

Rechtsanwalt Weiß erklärt wiederholt, daß Ziegler noch im letzten Jahre mündlich gegen ihn dahn sich ausgesprochen, er sei Gegner eines Compromisses. Daß die nationalliberalen Partei im großen Ganzen freiheitliche Prinzipien verfolge, sei eine allbekannte Sache, sie stehe in der Thei mit der Fortschrittspartei auf ziemlich gleichem Fuße, nur in der Ausführung ihrer Ideen weiche sie ab (Sehr richtig), sie ziehe jedesmal ihre Anträge vor dem Stirnrunzeln des Minister zurück. Redner will entschiedene Männer, die nicht jeden Augenblick ihre Prinzipien über den Haufen werfen und mit dem Minister gehen. (Bravo.) Daß die Mitglieder des fortschrittlichen Wahlvereins den Wahlaufruf nicht als Führer der Partei, nicht als Vorstandsmitglieder, sondern nur in ihrem eigenen Namen unterschrieben haben, dem widerspreche der Inhalt des Aufrufs selbst, der von den vereinigten liberalen Parteien spreche, die auf dem Kampfplatz erscheinen. Es solle fraglich sein, ob die Fortschrittspartei allein und selbstständig vorgehen und siegen könne. Wenn man die heutige zahlreiche Versammlung betrachte und annehme, daß jeder der Anwesenden in fortschrittlichem Sinne in seinem Kreise wirke werde, so könne man über den Erfolg nicht zweifelhaft sein. Die nationalliberalen Partei sei nicht durch ihr Herz zur Fortschrittspartei gedrängt, das ziehe sie zu den Freikonservativen hin; wenn sie sich mit jener verbinde, so geschehe es, weil sie in ihr die stärkste Partei sehe.

Kaufmann L. Cohn würde den Compromiß mit Freuden begrüßen, wenn man eine Gewähr dafür hätte, daß die Nationalliberalen das, was sie im Wahlaufrufe versprechen, im Land- und Reichstage auch halten werden. In der letzten Session hätten sie zwar einen hübschen Anlauf genommen, glänzende Reden gehalten, bei den Abstimmungen aber die Fortschrittspartei im Stich gelassen. — Durch den Ruf: „Thatachen“ unterbrochen, will Redner solche anführen und kommt auf die Städteröfung und das Dreifluss-Wahlssystem zu sprechen, wird aber bei seinem weit abhängenden Ausführungen von dem Vorsitzenden erlöst, bei der Sache zu bleiben. Er läßt sich noch kurz über das Unterrichtsgesetz aus, in daß die Fortschrittspartei gewiß einen ganz anderen Geist hineinlegen werde, als die nationalliberalen Partei, sei nicht durch ihr Herz zur Fortschrittspartei gedrängt, das ziehe sie zu den Freikonservativen hin; wenn sie sich mit jener verbinde, so geschehe es, weil sie in ihr die stärkste Partei sehe.

Rechtsanwalt L. Cohn würde den Compromiß mit Freuden begrüßen, wenn man eine Gewähr dafür hätte, daß die Nationalliberalen das, was sie im Wahlaufrufe versprechen, im Land- und Reichstage auch halten werden. In der letzten Session hätten sie zwar einen hübschen Anlauf genommen, glänzende Reden gehalten, bei den Abstimmungen aber die Fortschrittspartei im Stich gelassen. — Durch den Ruf: „Thatachen“ unterbrochen, will Redner solche anführen und kommt auf die Städteröfung und das Dreifluss-Wahlssystem zu sprechen, wird aber bei seinem weit abhängenden Ausführungen von dem Vorsitzenden erlöst, bei der Sache zu bleiben. Er läßt sich noch kurz über das Unterrichtsgesetz aus, in daß die Fortschrittspartei gewiß einen ganz anderen Geist hineinlegen werde, als die nationalliberalen Partei, sei nicht durch ihr Herz zur Fortschrittspartei gedrängt, das ziehe sie zu den Freikonservativen hin; wenn sie sich mit jener verbinde, so geschehe es, weil sie in ihr die stärkste Partei sehe.

Dr. Asch: Wenn einer der Herren Vorredner gesagt, daß er nicht die Ehre habe, Mitglied des Wahlvereins zu sein, so bedauert Redner, es nicht mehr sein zu können. Er sei mit seinen Freunden aus demselben ausgeschieden in Tagen, deren Geschicht er heute nicht wieder erzählen will, weil er nicht Lust habe, in den Wunden der Demokratie zu wählen. Vielleicht gelänge es ihm aber, wenn er es thäte, sich und seine Freunde zu rechtfertigen. Lasse man das Vergangene sein und mache man vor allen Dingen keine hohen Phrasen (Bravo!), sondern nehme die Gegenwart, wie sie ist.

Wenn man behauptet, es würden die Wahlmänner nicht auf bestimmte Personen gewählt, so sei das eine Unwahrheit (Sehr richtig)! Mit dem Schluß der Wahlmännerwahlen habe man jederzeit bis auf das Tüpfelchen gewußt, wer gewählt werden würde. Die Wahlmänner haben unter Umständen vielleicht zwischen Gleichgesinnten gewählt, aber über die politische Richtung der Candidaten sei in Breslau nach den Urwahlen nie mehr ein Streit gewesen. (Zustimmung.)

Es sei außerordentlich billig, mit einigen Schlagwörtern, die Zustände zu verdunkeln. Gegenwärtig handle es sich nach seiner Meinung nicht um einen Compromiß, sondern einfach um die Frage, ob Breslau liberal wählen solle oder nicht, und ob man im ersten Falle alle liberalen Elemente zusammenfaßt solle oder nicht. Es möge Prinzipienreiter geben, und die bekommen im demokratischen Himmel den ersten Platz (lebhafte Bravo!), die lieber unterliegen, als etwas derartiges thun. Sie mögen nach Wollenthusheim geben und dort ihr Parlament wählen (Bravo). Wer heute nicht gelernt habe, das möglichst Erreichbare zu erstreben, der sollte von der Politik fern bleiben (Bravo!). Es werde nicht blos zum Landtage, sondern auch zum deutschen Reichstage gewählt. Ohne Semanden, am allerwenigsten Preußen, nahe zu treten, lasse sich behaupten, daß die Wahlen zum Reichstag die bedeutungsvolleren seien. (Sehr richtig!) Wenn nun der Fortschrittspartei von den 3 Candidaten zum Landtage einer und die beiden Reichstags-Candidaten zugestanden werden, stehe sie da schlechter da als vor 6 und 3 Jahren?

Sein verehrter früherer Freund Cohn habe der Versammlung die Städteröfung vorgeführt und vom Dreifluss-Wahlssystem gesprochen. Er (Redner) erkläre für seine Person, auf dem Boden des gleichen und allgemeinen Wahlrechts zu stehen, auch für die communalen Wahlen und wenn man wolle, auch ohne Censur (Bravo!), aber gerade dagegen seien sehr gewichtige Stimmen der Fortschrittspartei aufgetreten, und zwar Stimmen, die den Anspruch machen können, mit den Verhältnissen besser vertraut zu sein. Er habe erfahren und müsse es aussprechen, daß man mit solchen Dingen in der Fortschrittspartei sehr allein stehe.

Wenn man ihm den Nachweis führen könne, daß die Gesetzgebung in Preußen und Deutschland in den letzten Jahren Rückschritte gemacht habe und daß die nationalliberalen Partei diese Rückschritte verdiene, dann sei er bereit, mit den Gegnern des Compromisses auf die Breslauer demokratischen Partei zu treten und mit ihnen zu siegen oder zu sterben. Wenn aber zugegeben werden müsse, daß wir Fortschritte gemacht und daß diese Fortschritte in der jüngsten Zeit größer waren, als damals, wo die Fortschrittspartei absolut herrschte, dann möge man doch auch mit den Verhältnissen rechnen. Wenn man ihm mit Zahlen nachweisen könne, daß es möglich sei, für alle 5 Mandate fortschrittliche Candidaten durchzubringen, dann stimme er mit den Gegnern des Compromisses und ebenso seine Freunde. Wer aber die Verhältnisse in Breslau kenne, müsse sich sagen, daß das nicht möglich sei. (Sehr richtig!) Gebe man nur einigermaßen logisch und vorichtig zu Werke, so sei sicher, daß auch mit dem Compromiß die 5 Mandate so zusammengelegt sein werden, daß sie der Summe der tatsächlichen Gesinnung der Breslauer Wählerschaft entsprechen. Vielleicht gelinge es, schon in den nächsten Jahren alle fünf Sitze wieder zu erobern; wer heute schon hierzu den Verbiß mache, verrathe die Partei.

Den Aufruf als Mittel für die Agitation in Breslau ins Feld zu führen, sei außerordentlich billig, es heißt das aber, öffentliche Thatachen verabscheiden oder deuten. Der Aufruf schließe sich vielleicht strenger an das Programm von 1861, auf dem allein Herr Cohn zu stehen sich rühme, als für das von Ultramontanen, Freikonservativen, Neukonservativen, hochtoristischen Magnaten durchsetzte Schlesien wünschenswerth sei. Er sei lediglich bestimmt, die Provinz Schlesien aufzurütteln und zusammenzuraffen, die leider trotz L. Cohn mehr Conservative in das Parlament sende als Fortschrittmänner. (Bravo!)

Indem Redner empfiehlt, die gemeinsame Wahl zu acceptiren, wendet er sich noch mit wenigen Worten zur Personenfrage.

Geb. Rath Wachler sei Mitglied der nationalliberalen Partei; aber er (Redner) wünsche recht viele so verständige und einsichtige Männer ins Parlament, wie Wachler einer sei.

Der zweite Candidat sei Assessor a. D. Jung gewesen, ein Mann, dessen fortschrittliche Vergangenheit bekannt sei, der aber mit einem gewissen Eclat der Fortschrittspartei Valet gefragt habe, und wenn sich diese in Breslau gegen seine Wiederwahl erklärt habe, so liege das weniger in seiner politischen Gesinnung. Am seine Stelle solle A. Meyer treten, ein Mann, der auf dem äußersten linken Flügel der nationalliberalen Partei stehe und in wirtschaftlichen Fragen vielleicht weiter gehe, als mancher Fortschrittmann.

Redner kann nicht sagen, daß das Verhältnis der nationalliberalen Partei seinen Empfindungen immer Genüge geleistet habe, aber ihre Auffassungen und Anschaunungen so zu charakterisiren, als sei sie eine augendienstliche ministerielle Partei, das werde am besten von den Organen der Regierung selbst widerlegt, die sich mit großer Hartnäckigkeit gegen sie gewendet, um sie zu sprengen und von der Fortschrittspartei zu trennen.

Der dritte Candidat sei ein reiner Fortschrittmann. Man habe anfangs beobachtigt, Rechtsanwalt Freund und für den Reichstag an Zieglers Stelle als Candidaten aufzustellen. Aber es fehle an Bezeugung an Namen, die gleichzeitig mit der Stadt und der Provinz in naher Beziehung stehen. Man habe geglaubt, besser für das Gehebe der Fortschrittspartei in Breslau zu sorgen, wenn man sich nicht wieder nach außen hin wende. Der Kontakt der Abgeordneten mit den Wählern sei unter Umständen wichtiger, als die einzelne Abstimmung im Parlament. Hätten die Gegner des Aufrufs all den Verhandlungen, die ihm vorangingen, beigelehnt, man könnte schwören, daß ihre Namen auch darunter ständen. (Lebhafte Beifall.)

Dennächst wird der Schluß der Discussion beantragt, aber abgelehnt.

Der Vorsitzende bemerkt, daß die Nationalliberalen auf Erfuchen der Fortschrittspartei es als selbstverständlich bezeichnet haben, daß die beiden Mandate für den Reichstag den legeren reservirt bleibent (Bravo!). Er theilt ferner mit, daß E. Richter im Namen des Central-Wahl-Comites der Fortschrittspartei in Berlin sich für die Wahl Meyers ausgesprochen habe. Wer Rechtsanwalt Freund betreffe, so könne man wohl gleich feststellen, daß die Fortschrittmänner finden, aber einen festeren und ehrwerten nicht (Bravo!). Der alte Wachler aber werde sicher, wenn ja

einstmal wieder eine retrograde Bewegung eintreten sollte, auch dann wie einst kommen und sagen: „Ich bin wieder der Ihre!“

Nachdem hierauf Kaufm. Cohn nochmals seine Überzeugung dahin ausgesprochen hat, daß die Fortschrittspartei selbstständig durchdringen werde, wird ein erneuter Antrag auf Schluß gestellt und nunmehr mit überwiegender Majorität angenommen.

Bei der hierauf folgenden Abstimmung wird zunächst Antrag 1 von Weiß abgelehnt. Bei der sich sodann entzündenden Discussion über die weitere Fragestellung schließt sich der Vorsitzende unter Zustimmung der Versammlung einem Vorschlag von Dr. Asch an, indem er die Frage, wie folgt, stellt:

Ist die heutige Versammlung der Wähler der Fortschrittspartei, in der Voraussetzung, daß die nationalliberalen Partei einverstanden damit ist, daß die zwei Mandate, die in nächster Zeit für den Reichstag von der heutigen Wählerschaft zu verleihen sein werden, natürlich Canditaten der Fortschrittspartei zufallen, gewillt, dafür zu stimmen, daß für den Landtag die Herren Kreisgerichtsdirектор Wachler, Rechtsanwalt Freund und Redakteur Meyer aufgestellt werden?

Diese Frage wird, wie der Vorsitzende constatirt, „mit kolossal Majorität“ bejaht. Antrag 2 von Weiß wird abgelehnt.

Dennächst wird noch beschlossen, dem Vorstande des Wahlvereins die Bildung eines Wahl-Comite's zu überlassen und sodann die Sitzung gegen 10 Uhr geschlossen.

Die zweite am gestrigen Abend abgehaltene, von der nationalliberalen Partei berufenen Versammlung im „König von Ungarn“ war ebenfalls ungemein zahlreich besucht, so daß Saal und Nebenräume dicht besetzt waren. Die Verhandlungen wurden von dem Vereinsvorstand, Geheimer Justizrat Wachler, mit einer Berichterstattung über die nach der letzten General-Versammlung erfolgte Constitution des Vereins-Vorstandes eröffnet. Der mehrjährige verdienevolle Leiter des Vereins, Justizrat Leonhard, bat zum lebhaften Bedauern des Ausschusses in Folge überhäufter Berufsgeschäfte die Wiederwahl als Vorsitzender abgelehnt. An seine Stelle, bemerkte Geheimer Justizrat Wachler, wurde ich gewählt. Ich habe im Interesse des Vereins die Wahl angenommen. Ich werde bemüht sein, die damit verbundenen

gesetzten Beschluss, wonach der Verein das Vorgehen einzelner Mitglieder desselben bei Erlassung des Manifestes an die Wähler Schlesiens sanctionirt, anknüpfend, führte Referent aus: der Ausschuss Ihres Vereines gab sich der Hoffnung hin, daß er sich mit Ihnen in Harmonie befinden werde, wenn er bestrebt war, das — was der Aufruf angehört — nunmehr auch zur That zu gestalten: eine Vereinigung aller Liberalen Breslau für die bevorstehenden Wahlen. Der Ausschuss trat daher mit dem Vorstande des Wahlvereins der Fortschrittspartei durch gegen seitige Vertrauensmänner in Vorberatungen bezüglich dieser Wahlen. Es wurde unerreichbar dabei von der Anzahl auszugehen, daß wir uns für die Wahl das Recht zu sichern hätten, wenigstens zwei Candidaten zu nominieren. In diesem Punkte stießen wir auf keine Schwierigkeiten. Es stellte sich für die weiteren Unterhandlungen dann die Notwendigkeit heraus, die Namen derjenigen Männer zu nennen, welche wir dem Wahlmänner-Collegium als Candidaten empfehlen und da war für uns maßgebend, daß die von uns vorzuschlagenden Candidaten rücksichtlos unserer Partei angehören, daß sie unter uns leben und daß sie wohl geeignet sind, uns würdig zu vertreten.

Es konnte nicht zweifelhaft sein, daß wir bei Aufführung der Candidaten zuerst an Wächter dachten und es erübrigte sich in der That, bezüglich dieser Candidatur irgend welche Begründung einzutragen zu lassen. Wer ein so langes amliches Leben in einer Stadt hinter sich hat, wie Wächter, wer wie er durch sein ganzes Leben und Wirken sich die Anerkennung aller Parteien erworben, ist sich selbst Empfehlung genug. In zweiter Reihe dachten wir zunächst an unseren bewährten Führer der Partei, Justizrat Leonhard. Trotz wiederholter Bitten, ein Mandat anzunehmen, sah der selbe sich leider durch persönliche Verhältnisse behindert, indem Bitten nachzugeben. Da im Augenblick die wirtschaftlichen Fragen sich in den Vordergrund drängten, hielten wir es für angezeigt, einen Kaufmann als Candidaten aufzustellen und erfüllten den stellvertretenden Vorsitzenden der hiesigen Handelskammer, Consul Leo Molinari, ein Mandat anzunehmen. Aber auch er erklärte, aus persönlichen Verhältnissen dies nicht thun zu können. Gerade mit Rücksicht auf jene wirtschaftlichen Fragen, welche das Abgeordnetenhaus zu behandeln haben wird, fand unsere Wahl demnächst auf Dr. Alex. Meyer. Mit kurzer Unterbrechung lebt er seit lange in unserer Mitte; er kennt die provinziellen und städtischen Verhältnisse genau, hat in vielfachen öffentlichen Versammlungen in beredtester Weise den liberalen Tendenzen Verbreitung verschafft, als Redakteur einer angesehenen Zeitung die nationalliberale Partei angemessen vertreten, in allen Fragen wirtschaftlicher Natur sich als Autorität bewiesen; er ist unabhängig und energisch und wird dies auch in Bezug auf die Vertretung unserer Prinzipien sein; endlich wird dem Zuge nach "frischem Blute" für das Abgeordnetenhaus durch ihn Rechnung getragen.

Der von der Fortschrittspartei aufgestellte 3te Candidat ist Rechtsanwalt Freund. Seine erprobte Thätigkeit im kommunalen Leben ist bekannt; seine Berufstreue, sein Privatleben, seine Mäßigkeit in allen politischen Fragen lassen seine Candidatur uns eine erwünschte sein.

Es wird sich nun fragen, ob der Verein die von dem Ausschusse gemachten Vorschläge ratifiziert. Zu dem Zwecke schlage ich vor: Der Wahlverein der nationalliberalen Partei beschließt:

1) für die bevorstehenden Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus gemeinschaftlich mit der Fortschrittspartei thätig zu sein;  
2) als Candidaten der beiden vereinigten liberalen Parteien dem Wahlmänner-Collegium die Herren Wächter, Alex. Meyer und Freund vorzuschlagen;

3) ein Wahlcomite von 12 Personen (mit dem Rechte der Cooptation) für die Ausführung der Beschlüsse unter 1 und 2 zu bestellen.

Der Vorsitzende stellt die ganze Wahlanglegenheit, wie sie in diesen 3 Anträgen sich auspräsent, zur Discussion.

Geheimerat Wächter weist auf seine vor 3 Jahren erfolgte Wahl in's Abgeordnetenhaus hin. Schon damals habe er das Bedenken ausgesprochen, daß es ihm, dem angehenden Siebziger, wohl kaum möglich sein werde, im Abgeordnetenhaus so thätig zu sein, wie dies gefordert werden könnte, wie er selbst es wünsche. Trotzdem gewählt, habe er verucht, im Abgeordnetenhaus, wie in den Commissions- und Fraktionssitzungen die alte Thätigkeit zu üben. Seitdem seien drei Jahre vergangen; heut stehe er am 74 Lebensjahre; es sei eine schwere Aufgabe, in solchem Alter sich der Wahl zu unterwerfen und nicht ein blos zum Schein gewählter Abgeordneter zu sein. Auf das Drängen seiner politischen Freunde habe er beschlossen, sich wieder zur Wahl zu stellen. Von einem Ehrenbürgerr der Stadt Breslau darf man erwarten, daß er wünschen wird, die ehrenvolle Laufbahn ehrvoll zu schließen! (Beifall.)

Ich bin noch der Alte; es erübrigte sich, in Ihrem Kreise meine politischen Anschauungen auszusprechen; ich verspreche jedoch, wenn ich der Wahlmännerversammlung als Candidat präsentiert werde, vor dieser über unsere Politik, über unser inneres Verfassungsleben, über die Aufgabe eines nationalliberalen Abgeordneten mich auszusprechen. Will man mich dann haben, so nehme ich die Wahl am (Sehbarer Beifall).

Herr Krämer meldet sich zum Wort und erhält dasselbe. Er erklärt, daß er nicht der nationalliberalen Partei angehört, daß er es für besser halte, wenn statt in einer Parteiversammlung über die Abgeordneten-Wahlen in einer großen Wählerversammlung verhandelt würde, denn die Abgeordneten sollen Vertreter des gesamten Volkes sein, diese aber auch Rechenschaft geben über ihre Wirklichkeit als solche. Er (Redner) sei beauftragt, Wächter zu interpelliren über einen Punkt. Das arbeitende Volk hat in der letzten Zeit wohl das Recht gehabt, sich über schlechte Löhne zu beklagen. Gegen 400 Arbeiter wandten sich an Wächter mit der Bitte um seine Verwendung im Landtage gegen die von den Verwaltungen einzelner Staatsbahnen beliebte Lohnherabsetzung; sie bat zugleich Schritte zu thun, welche eine weitere Abminderung des Lohnes unmöglich machen. Bisher seien die Arbeiter ohne Bedenken geblieben; er frage, wie es kommt, daß ein Abgeordneter über eine solche Angelegenheit nichts von sich hören lasse. Die nationalliberale Partei möge befriedigt sein von dem Wirken der nationalliberalen Abgeordneten, ein großer Theil der Bürger steht aber auf andern Standpunkten. Die gesammte Bürgerschaft solle sich daher auszusprechen können über die Abgeordneten und das um so mehr, als durch das Dreiklassen-Wahlgesetz ja das Volk von seinen Menschen- und Bürgerrechten ausgeschlossen sei. (Widerspruch.)

Der Vorsitzende erklärt, er habe das Gastrecht und die Redefreiheit dem Vorredner nach den Traditionen der nationalliberalen Partei gewährt; da derselbe jedoch sich außerhalb der Lagessordnung in seinen Ausführungen bewege, erachte er es nicht mehr für zulässig, dem Redner zur Darlegung allgemeiner politischer Anschauungen das Wort zu lassen.

Herr Krämer wünscht noch mehr von den nationalliberalen Abgeordneten zu hören; es sei notwendig, daß sie hier interpellirt werden, da sie sich der großen Volksversammlung verschließen.

Dr. Gras erachtet es seit Jahren für zur Genüge bekannt, in welcher Weise die Partei des Redners (Krämer) die Geschäftssordnung kennt, um geschlossene Parteiversammlungen von öffentlichen Versammlungen zu unterscheiden. Er lädt ich in eine geschlossene Versammlung z. B. der Social-Demokraten ein, so wüßte ich, daß dies nur als Störer derselben geschah und dem Redner, sowie seine Begleiter, dürfte dieses Bewußtsein auch nicht fernliegen. Ich erkläre mich dagegen, daß das Gattrecht in der in Anspruch genommenen Weise weiter geübt wird. Neben wir unter Hausrüste, wie dies auch Seitens anderer Parteien geschieht. Ich beantrage, zu beobachten, daß nur Mitglieder der nationalliberalen Partei, für welche die Versammlung anberaumt, hier reden dürfen. (Beifall.) Die Versammlung beschließt einstimmig nach dem Antrage von Dr. Gras.

Der Vorsitzende führt die Discussion zur Behandlung der obigen drei Anträge zurück; er erklärt auf eine Interpellation, die vor Beginn der Versammlung an ihn gerichtet worden; Warum der Ausschuss des Wahlvereins so spät mit einer vollendeten Thatsache vor die Versammlung trete? Das die Verhandlungen vorverhandlungen gemesen und daß nicht Beschlüsse, sondern Vorschläge, welche gemacht wurden, der Versammlung unterbreitet worden. Die Versammlung hat heut sonderbar über die Fragen, ob in ein Compromiß mit der Fortschrittspartei eingetreten werden soll, oder nicht, ob die vorgeschlagenen Candidaten ihr angenehm sind, oder nicht, zu entscheiden, um darnach event. weiteren Verhandlungen mit der Fortschrittspartei zu plegen, oder dieselben abzubrechen, schließlich aber die der Versammlung genehmten Candidaturen dem Wahlmänner-Collegium als Vorschlagsliste vorzulegen.

Rechtsanwalt Zenker wünscht, daß Dr. Meyer, der Anderen mehr als ihm bekannt sein mag, sich genauer über die wirtschaftlichen Fragen, für den Landtag von entscheidender Bedeutung sein werden, ausspreche. Die realen Interessen, welche Dr. Meyer besonders betont, sind ja gewiß wichtig, aber es dürfen darüber die realen nicht in den Hintergrund gedrangt werden; es wird Entscheidung zu treffen sein über Einrichtungen, durch welche das Volk zu leben hat.

Dr. Meyer wünscht näher bestimmt zu sehen, welche Fragen er beantworten solle. Der Aufruf steht zwei gegebenen Körperstaaten gegenüber: dem Landtage und dem Reichstage. Im Allgemeinen stehen die wirtschaftlichen Fragen dem Reichstage näher als dem Landtage. Dieser wird sich wesentlich mit der Städteordnung und dem Unterrichtsgesetz nähern zu befassen haben. In Bezug auf letzteres Gesetz verlangt er die Verwirklichung des Verfassungsparagraphen über den freien Volkschulunter-

richtsanwalt Zenker wünscht Auskunft über die Zollfrage, die Eisenbahn- und Steuerfrage. Eine Ausdehnung der directen Steuern erscheint dem Redner nicht opportun, im Gegenteil hält er ein indirectes Steuersystem für zweckmäßig.

Professor Dr. Fuchs empfiehlt auf die eigentlich vorliegenden Fragen zurückzutreten. Er erklärt sich für den vorgerückten Compromiß und erachtet es dabei von hoher Bedeutung, daß die nationalliberale Partei gezeigt, wie sie müssse nicht aber sie wolle mit der Fortschrittspartei gehen.

Nicht heut und nicht hier sei der Ort, jeden Candidaten sich über jeden Punkt aussprechen zu lassen. Das gehöre vor die Wahlmänner-Versammlung. Wenn man den Staatsorganismus mit dem eines Menschen vergleiche, so haben Kopf, Herz und Magen in beiden die größte Bedeutung und es sei eine ganz anhörendlich glückliche Zusammenstellung, daß in den drei vorgeschlagenen Candidaten durch deren ganze Eigenthümlichkeit jene drei Organe repräsentirt werden. (Beifall.)

Dr. Meyer weiß den Ausführungen Zenkers gegenüber nach, daß er nicht davon gesprochen, die directe Steuer müsse erweitert, sondern sie müsse, das habe er gefordert, contingenter (eingeschränkt) werden. Vermehrung und Einführung seien doch aber keine Synonyme. Über die Zollpolitik habe der Landtag nicht mitzusprechen; über die Eisenbahnfrage habe er sich bereits ausgeprochen.

Rechtsanwalt Zenker dankt für die freundliche Beantwortung seiner Fragen; er habe sie an Dr. Meyer gerichtet, weil er glaubte, an seiner Statt einen andern Candidaten, Dr. Lewald, vorgebracht zu hören.

Apotheker Haase wünscht, den Compromiß an die Maßgabe getröst zu sehen, daß der nationalliberale Partei bei den Reichstagswahlen ein Abgeordneter concedirt werde, da die nationalliberale Partei wohl im Stande sei, bei den Landtagswahlen alle drei Candidaten durchzubringen.

Justizrat Leonhard führt aus, daß es sich jetzt wohl nicht darum handle, die Parteilinien scharf abzugrenzen. Der nationalliberale Wahl-Verein habe unter Lent, als der Terrorismus der Gegner es nötig machte, wader gekämpft, diesen Terrorismus zurückzuweisen. Jetzt sei nur die Frage vorgelegt, ob in ein Compromiß mit der Fortschrittspartei eingetragen werden soll. Für die Beantwortung dieser Frage dürfte nicht außer Acht zu lassen sein, ob die Wahlerschaft den häuslichen Zwist der liberalen Parteien noch will. Wir gehen den Compromiß nicht ein, weil wir nicht allein gehen könnten, sondern in Consequenz der heiternen Verhandlungen und in Colonna nebeneinander marschieren.

Das ist auch der Grund, warum über die Reichstagswahlen bisher noch nicht gesprochen worden ist. Der Compromiß ist nur in Bezug auf die Abgeordnetenwahlen berechnet. Bei den jetzigen trüben materiellen Verhältnissen gilt es, die Wahlbewegung nach zu rufen, um unsere Freiheiten zu wahren, einer Menge von Kräften gegenüber, die Alles zurückzuschrauben wollen. (Beifall.)

Da weitere Redner sich nicht zum Wort gemeldet, wird zur Abstimmung geschriften. Die Versammlung erklärt sich, wie bereits vorher berichtet, mit an Entfernung grenzender Majorität für die von Professor Milch gestellten Anträge. In das Comite werden gewählt Justizrat Fischer, Prof. Dr. Förster, Comm-Rath Harnauer, Dr. Honigmann, Dr. Körner, Justizrat Leonhard, Dr. Lion, Professor Milch, Kfm. Molinari, Kfm. Storch, Dr. Thiel, Kfm. Wolff.

Geheimerat Wächter beantragt die von Krämer an ihn gerichtete Interpellation dahin: Es haben verschiedene Arbeiter mich persönlich und schriftlich angegangen, wegen der bei allen hiesigen Eisenbahnen eingetreteten Lohnabminderungen festzustellen, ob dieselben gerechtfertigt seien und in Berlin dafür zu wirken, daß etwas in der Sache geschehe. Ich habe im Abgeordnetenhaus und im Ministerium Erkundigungen eingezogen und bin hier sowie auch seitens der Petitions-Commission, vor welche die Angelegenheit gehört, belebt und beobachtet worden, daß es durchaus unthunlich ist, diese Lohnabminderungen im Abgeordnetenhaus zu verfolgen, denn die ganze Angelegenheit beruht auf einem Privatvertrag, bei welchem dem Arbeiter, wenn er nicht mit ihm zufrieden ist, freistellt, aus diesem Vertrage zu treten. So wenig gegen andere Arbeitgeber bezüglich der Lohnabminderungen seitens des Landtags eingetragen werden könne, so wenig sei dies auch dem Staat als Arbeitgeber gegenüber zulässig. In diesem Sinne habe er (Wächter) sich den Arbeitern gegenüber auch ausgesprochen und sie aufgefordert, sich an Minister Achenbach zu wenden. Wie man hört, seien sie abhängig beschieden worden. Für seine Person bedauert Redner Lebhaft, daß mit der Lohnabminderung ohne Rücksicht auf die allgemeinen Verhältnisse vorgegangen wurde und daß er nicht im Stande gewesen sei, dagegen wirken zu können.

Da hiermit die Tagesordnung erledigt, schließt der Vorsitzende die Versammlung.

-d. Breslau, 7. Oct. [Verband schlesischer Thierschutzvereine.]

Anlässlich der Feier des 25jährigen Stiftungsfestes des schlesischen Central-Vereins zum Schutz der Thiere waren die Thierschutzvereine in der Provinz Schlesien eingeladen worden, sich durch Delegirte an dieser Feier, welche heute Abend in Bed's Restaurant (Neue Gasse) stattfindet, zu beitreten. Bereits heute Vormittag 11 Uhr traten die Delegirten in dem genannten Local zusammen, um über die Gründung eines Verbandes der schlesischen Thierschutzvereine zu berathen. Außer den Mitgliedern des hiesigen Vereins waren vertreten der Verein zu Groß-Strehlitz durch Kreisherrn Scholz, der Verein zu Striegau durch Commerzienrat Bartsch, Paritz, Schmidt und Lehrer Friedrich, der Verein zu Waldenburg durch Stadtbaudirektor Hübner und der Verein zu Schweidnitz durch Kreisherrn Gütter. Der Königl. Departements-Thierarzt Dr. Ulrich (Breslau), einstimmig zum Tagespräsidenten gewählt, erläuterte den Zweck der Zusammenkunft, indem er ausführte, daß es eine ganze Menge Thierschutzfragen gebe, zu deren Behandlung eine gemeinschaftliche Norm der Thätigkeit nötig sei. Die Thierschutzvereine in der Rheinprovinz und Westfalen haben sich gleichfalls zu einem Verband vereint, nach deren Statuten er (Redner) einen Statutenentwurf ausgearbeitet habe. Nach kurzer Debatte wurde die Gründung des Verbandes einstimmig beschlossen und zur Beratung des Statutes geschritten. Nach demselben wird der Verband den Namen: "Verband schlesischer Thierschutz-Vereine" führen. Der Zweck besteht in der gegenseitigen Förderung zur Erreichung der Ziele in Thierschutzversammlungen. Alle Jahre soll wenigstens ein Verbandstag stattfinden, auf welchem die einzelnen Vereine durch Delegirte vertreten werden. Der Ort, an welchem der Verbandstag abgehalten werden soll, ebenso der Präsident werden auf 1 Jahr im Voraus gewählt. Die dem Verbande entzessenden Kosten werden auf die einzelnen Vereine je nach dem Verhältnis ihrer Mitgliederzahl verteilt. Nach Beratung der Geschäftsordnung für den Verbandstag wird als Vorort für den ersten Verbandstag Breslau und als Präsident der Königl. Departements-Thierarzt Dr. Ulrich gewählt. Die Zeit, in welcher der erste Verbandstag tagen soll, wird vorläufig auf den Monat Mai kommenden Jahres festgesetzt. Der Ober-Präsident, Graf Arnim-Boizenburg, soll von der Gründung des Verbandes in Kenntniß gezeigt und gleichzeitig ersucht werden, das Protectoretat über den Verband zu übernehmen.

Sardellen stille, 1876er 37 M., 1875er 42,50 M., 1874er 51—52 Mark, 1873er 66 M. gef.

# Breslau, 9. Octbr., 9½ Uhr Vorm. Am heutigen Markte war die Stimmung im Allgemeinen sehr fest, bei etwas stärkerem Angebot Preise gut behauptet.

Weizen in sehr fester Stimmung, per 100 Kilogr. schles. weißer 16,80 bis 18,80—21,20 Mark, gelber 16,80—18,00 bis 20,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen zu notirten Preisen gut verkauflich, per 100 Kilogr. neuer 16,50 bis 17,00 bis 18,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste ohne Ränderung, per 100 Kilogr. neue 13,80 bis 15,00 Mark, weiße 15,20—15,60 Mark.

Hafer war gut gefragt, per 100 Kilogr. neuer 13,20 bis 14,20 bis 15,00 Mark.

Mais mehr beachtet, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,70 Mark.

Erbsen in gedrückter Stimmung, per 100 Kilogr. 16,00—17,00 bis 18,50 Mark.

Bohnen bessere Stimmung, per 100 Kilogr. 15,50—16,50—17,50 Mark.

Lupinen in matter Haltung, per 100 Kilogr. gelbe 9,00—10,80 Mark, blaue 9,50—11,00 Mark.

Widen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15—16—17,50 Mark.

Dolsaaten gut gefragt.

Schlaglein in matter Haltung.

Bro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat ... 26 50 25 — 22 50

Wintertraps ..... 32 25 30 25 29 25

Winterrüben ..... 31 — 29 — 28 —

Sommerrüben ..... 29 25 27 25 26 25

Lendotter ..... 26 75 25 75 22 —

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,40 bis 7,60 Mark, per Sept.

Kleesamen blieb lebhaft gefragt, rother höher, per 50 Kilogr. 60 bis 62—66—69 Mark, — weißer steigend, per 50 Kilogr. 68—72—76—81 Mark, October 7,50 Mark.

Leinkuchen behauptet, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Thymothee mehr angeboten, per 50 Kilogr. 27—31—35 Mark.

Mehl in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. Weizen fein alt 32,50 bis 33,50 Mark, neu 29,50—30,50 Mark, Roggen fein 27,50—28,50 Mark, Hausbaden 26,50—27,50 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkorn 7,75 bis 8,75 Mark.

den 5. und den 12. November, der Zusammentritt der Kammer für den 20. November angeordnet. — Die Vertreter der Schweiz für die Verhandlungen wegen des neuen Handelsvertrages werden am 20. Oktober hier erwartet.

Konstantinopel, 7. Oct. Der englische Botschafter, Sir H. Elliot, hat heute eine Privataudienz bei dem Sultan gehabt. — Die Pforte dürfte den hiesigen Vertretern der Mächte in einigen Tagen ein Memorandum behülf Erläuterung ihrer Entschließungen zugehen lassen.

Zara, 7. Oct. Nach aus Trebinje hier eingegangenen Meldungen in Folge des Rückzuges der montenegrinischen Truppen unter Peko Pavlovic von dem rechten Ufer der Trebitschiza nach Opatitc die als unterbrochen bezeichneten Communicationen wieder frei. Die Festung Medun ist verproviantirt worden.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen

# Berliner Börse vom 7. October 1876.

## Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe.	14%	104,70	bz
do. do. 1876.	4%	97,20	bz
Staats-Anleihe.	4%	96,75	bz
Staats-Schuldscheine.	3%	93,90	bz
Präm.-Anleihe v. 1855.	3%	137,90	bzB
Berliner Stadt-Oblig.	4%	102,39	bzG
Berliner.	4%	102	bz
Pommersche.	3%	83,70	bz
Posensche neue.	4%	94,90	bz
Schlesische.	3%	85,50	bzB
Kur. u. Neumärk.	4%	97	bz
Pommersche.	4%	96,50	G
Posensche.	4%	96,50	bz
Preussische.	4%	96,30	pz
Westfäl. u. Rhein.	4%	98,50	B
Sächsische.	4%	97,10	bz
Schlesische.	4%	97,40	bz
Badische Präm.-Anl.	4%	118	B
Bayerische 4% Anleihe.	4%	120,70	G
Cöln-Mind. Prämisch.	3%	108,40	bz
Kurh. 40 Thaler-Loose.	249	bz	
Badische 35 Fl.-Loose.	134,10	bz	
Braunschw. Präm.-Anleihe 84 bzG	—	—	
Oldenburger Loose 135 50 G	—	—	
Ducaten 9,80	bz	Fremd. Bkn.	
Sover. —	—	ehnl. Leip. —	
Napoleons 16,245	bz	Oest. Bkn. 165 60	
Imperial 16,71 G	bz	Russ. Bkn. 266,50	
Dollars 4,183 G	—	—	

## Wechsel-Course.

Amsterdam 100FL.	8 T. 3	169,15	bzG
do. do.	2 M. 3	168,33	bzG
London 1 Lstr.	3 M. 2	20,33	bz
Paris 100 Frs.	8 T. 3	81,15	B
Petersburg 100SR.	3 M. 7	260,50	bz
Warschau 100SR.	8 T. 7	265,80	bz
Wien 100 Fl.	8 T. 4%	165,15	bz
do. do.	2 M. 4%	164,25	bz

## Eisenbahn-Stamm-Aktionen.

Divid. pro 1874	1875 Zf.	—	—	
Aachen-Mastricht.	1	4	20,90	bzB
Berg.-Märkische.	2	4	81	bzB
Berlin-Anhalt.	8	4	109	bzB
Berlin-Dresden.	5	—	21,60	bz
Berlin-Görlitz.	0	0	32	bzG
Berlin-Hamburg.	12%	19	178	G
Berl. Nordbahn.	0	fr.	—	—
Berl.-Potsd.-Magd.	1%	3	82,50	bz
Böh. Westbahn.	5	5	73,25	bzG
Breslau-Freib.	7%	5%	73,75	bz
Coln-Minden.	6%	40/10	104,20	bzB
do. Lit. B.	5	—	102,80	bzG
Cuxhaven-Eisenb.	6	0	6	—
Dux-Bodenbach.	0	8	7 B	—
Gal.-Carl-Ludw.-B.	8%	6	86,40	bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	7,60	bz
Hannover-Altenb.	0	0	13,50	bz
Kaschau-Oderberg.	5	5	37,40	G
Kronpr. Rudolfs.	5	5	42,90	G
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	17,10	bz
Märk.-Posener.	0	0	16,25	bzG
Magdeh.-Halberst.	3	6	107,75	bzG
Magdeh.-Leipzig.	14	14	264	bz
do. Lit. B.	4	4	98,40	bzG
Mainz-Ludwigs.	6	6	99	bz
Niederschl.-Märk.	4	4	96,50	G
Oberschl.-A.C.D.E.	12	10%	135	bz
do. B. B.	12	10%	125,40	bz
Oesterl.-Fr. St. B.	8	6	44,45	150 b
Oest. Nordwestb.	5	5	214	bz
Oest.-Südb.(Lomb.)	1%	0	129,29	50 b
Ostpreuss.	0	0	24,73	bzG
Rechte-O.-U.-Bahn.	6%	6	109	bzB
Reichenb.-Pard.	4%	4%	48,23	bzB
Rheinische.	8	8	114,90	bz
do. Lit. B. (4%)	4	4	92	G
Rhein.-Nah.-Bahn.	0	0	9,75	bzG
Rumän. Eisenbahn.	4	2%	14,50	bzG
Schweiz-Westbahn.	0	0	23,50	bz
Stargard.-Posener.	4%	4%	101,50	G
Thüringer Lit. A.	7%	8%	131,90	bz
Warschau-Wien.	10	7%	196,25	G

## Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.

Berl.-Görlitzer.	4	5	74	bzG
Berliner Nordbahn.	0	fr.	—	—
Breslau-Warschau.	0	5	—	—
Halle-Sorau-Gub.	0	0	20,50	bzG
Hannover-Altenb.	0	0	34,90	bz
Kohlfurt-Falkenb.	2%	0	39,75	bz
Märkisch-Posener.	0	3 1/2	70,50	bzG
Magdeh.-Halberst.	3%	3 1/2	69,23	bzG
do. Lit. C.	5	5	94,75	bzG
Ostpr. Südbahn.	3%	5	75	bzG
Rechte-O.-U.-Bahn.	6%	6	109	bzB
Reichenb.-Pard.	4%	4%	48,23	bzB
Rheinische.	8	8	114,90	bz
do. Lit. B. (4%)	4	4	92	G
Saal-Bain.	2%	1 1/2	28	G
Weimar-Gera.	5	2 1/2	25,50	bzG

## Ausländische Fonds.

Oest. Silberrente.	41/5	56,25	bzG
(1,1,-1,-1, u. 1,-1,-1,-1)	1,4,-1,-1	56,25	bzG
do. Papierrente.	41/5	—	bzG
(1,2,-1,-1, u. 1,-1,-1,-1)	1,5,-1,-1	53,70	bzG
do. 54er Präm.-Anl.	5	101,40	G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	109,75	bz
do. Credit.-Loose.	—	301	etB
do. 64er Loose.	—	254,75	bz
Russ. Präm.-Anl. v. 64.	5	152,75	bz
do. do. 1866.	5	143	bz
do. Bod.-Cred.-Pfd.	5	84,30	bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	5	86,75	bz
Russ.-Poln. Schatz-Ob.	4	84,50	bzB
Poln. Pfndr. III. Em.	4	75,25	bz
Poln. Liquid.-Pfndr.	4	67,25	bz
Amerik. rückz. p. 1881.	6	105,20	bz
do. do.	1885	99,10	G
do. do. 5% Anleihe.	5	102,60	bzB
Französische Rente.	5	73,75	bz
Ital. neue 5% Anleihe.	5	102,10	bzG
Ital. Tabak-Oblig.	6	88,20	bzG
Raab.-Grazer 100 Thlr.	4	68,20	bzG
Rumänische Anleihe.	8	91,25	bz
Türkische Anleihe.	11	11	bz
Ung. 5% St.-Eisenb.-Anl.	5	67,50	bzG
Schwedische 10 Thlr.-Loose.	—	—	—
Finnische 10 Thlr.-Loose.	38,90	bz	
Türken-Loose.	32	G	

## Eisenbahn-Prioritäts-Aktionen.

Berg.-Märk. Serie II.	41/2	84,80	bz
do. III. v. 83 1/2.	41/2	97,90	bzG
do. do. VI.	4 1/2	97,90	bzG
do. Hess. Nordbahn.	5	102,10	bz
Berlin-Görlitz.	5	—	—
do. do. 54er Präm.-Anl.	4 1/2	95,50	etB
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	109,75	bz
do. do. Credit.-Loose.	—	301	etB
do. do. 64er Loose.	—	254,75	bz
Berl.-Lit. C.	4 1/2	88	bz
Breslau-Freib. Lit. D.	4 1/2	96,50	G
do. do. E.	4 1/2	96,25	G
do. do. F.	4 1/2	96,25	G
do. do. G.	4 1/2	96	G
do. do. H.	4 1/2	91,40	bz
do. do. K.	4 1/2	91,20	bz
do. von 1876.	5	98,75	bz
do. do. 1873.	4	93,60	G
do. do. 1874.	4	98	bzB
Brigg.-Neisse.	4 1/2	—	—
do. do. Cosel-Oderb.	4 1/2</td		